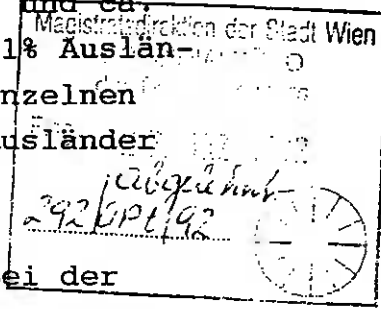


Abgeordnet 18. 27

B e s c h l u ß a n t r a g der Gemeinderätin Barbara
Schöfnagel betreffend Bestimmungen für ein Niederlassungsgesetz

In Wien leben derzeit rund 240.000 Ausländer legal ^{und ca.} 100.000 illegal. Insgesamt sind das bereits über 21% Ausländer bezogen auf die gesamte Wohnbevölkerung. In einzelnen Bezirken wie z.B. im 15., beträgt die Anzahl der Ausländer bereits über ein Drittel der Wohnbevölkerung.



Der Ausländeranteil in Wien ist daher sehr hoch. Bei der Festlegung der Bundeshöchstzahl im Ausländerbeschäftigungsgesetz wurde davon ausgegangen, daß ein höherer Ausländeranteil als 10% nachteilige Folgen in verschiedenen Bereichen hat. Das bedeutet, daß in Wien keine Aufnahmekapazität mehr vorhanden ist, und daher ein Einwandererstop durchgeführt werden muß.

In Anbetracht der negativen Auswirkungen am Wohnungsmarkt, Arbeitsmarkt und bei der Bildungssituation für die bereits seit Jahren im Land befindlichen Ausländer, ist das gegenüber der Wiener Bevölkerung und auch gegenüber den seit vielen Jahren in Wien befindlichen ausländischen Mitbürgern aus sozialer und humanitärer Sicht unverantwortlich, ein weiteres Ansteigen des ausländischen Bevölkerungsanteils zuzulassen.

Für die notwendige Beschränkung der Zuwanderung ist die Einführung von Ausländerhöchstzahlen und deren konsequente Durchsetzung und Kontrolle unerlässlich. Daher sind autonome Regelungsmöglichkeiten für einzelne Bundesländer unbedingt erforderlich.

Ebenfalls soll die Möglichkeit für Ausländer geschaffen werden, für Ausbildungszwecke oder zur Saisonbeschäftigung eine bestimmte Zeit bleiben zu können.

Eine geordnete Ausländerpolitik kann nur gemeinsam mit der Bevölkerung verwirklicht werden und darf nicht außer Kontrolle geraten.

Betont werden muß, daß das Asylrecht gemäß der Genfer Konvention außer Streit steht und unabhängig von der Einwanderungsfrage zu behandeln ist.

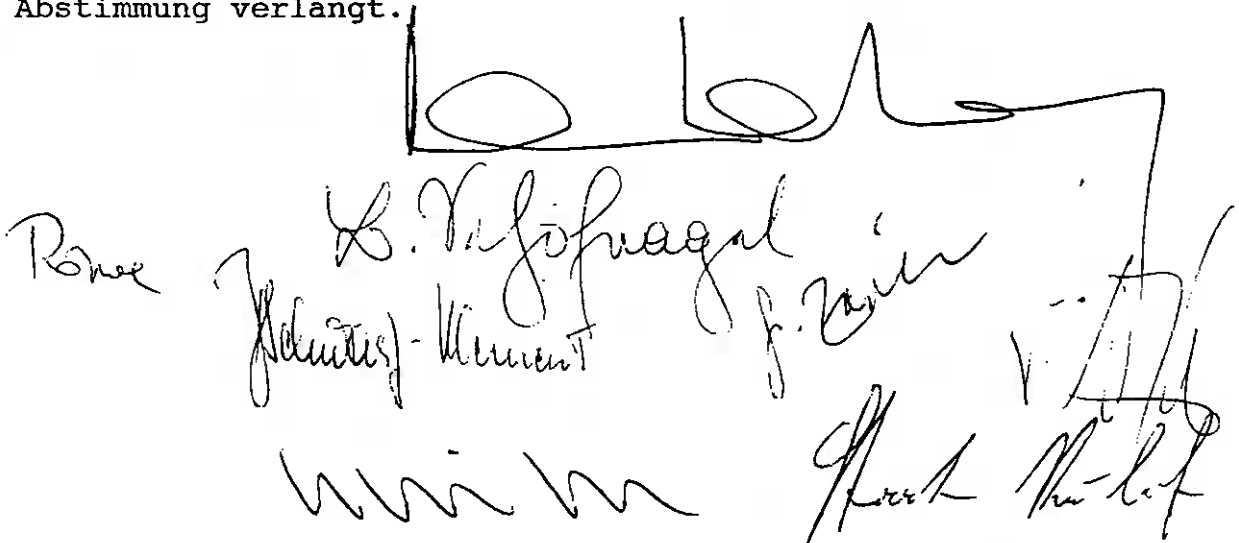
Die gefertigte Gemeinderätin stellt daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 30 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u ß a n t r a g :

Der Wiener Gemeinderat ersucht die Bundesregierung, in der Regierungsvorlage zu einem Niederlassungsgesetz vorzusehen, die Zuzugs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für Ausländer derart zu gestalten, daß die Bundesländer ihre Quoten selbst festlegen können. Damit wäre die Möglichkeit eingeräumt, bis auf weiteres einen weiteren Zuzug nach Wien, wo heute der bei weitem höchste Prozentsatz an Ausländern in Österreich vorhanden ist, nämlich rund 21%, verhindern zu können.

Weiters soll eine Sonderregelung vorsehen, daß für Ausländer auch zeitlich begrenzte, zur Deckung eines vorübergehenden Arbeitskräftebedarfes oder zur Ausbildung in bestimmten Wirtschaftszweigen Niederlassungsbewilligungen ausgestellt werden können, die aber nicht verlängerbar sind.

In formeller Hinsicht wird die Beschlußfassung und sofortige Abstimmung verlangt.



The bottom section of the document contains several handwritten signatures and stamps. At the top of this section is a large, stylized signature that appears to be 'L. B. ...'. Below it, there are several smaller signatures and stamps. On the left, the word 'Römer' is written. In the center, there is a signature that looks like 'B. Hofmann' and another that says 'Schulz-Klement'. To the right, there is a signature that says 'f. Zinner'. At the bottom, there are more signatures, including one that says 'W. ...' and another that says 'H. ...'. There are also some illegible stamps and markings.